

# Eine neue Strasse trotz heftiger Kritik

Der Landrat bewilligt die Verlegung der Rheinstrasse und setzt weiter auf Salina Raurica

Von Thomas Dähler

**Liestal.** Die Ansichten um die Zukunftsperspektive für das Entwicklungsgebiet Salina Raurica gehen weit auseinander. Dies hat die Debatte gestern im Landrat aufgezeigt. Dabei ging es eigentlich nur um einen Kredit für die Verlegung der Rheinstrasse vom Rhein weg zur Autobahn. Dafür bewilligte der Landrat gestern 57,7 Millionen Franken. Der darin enthaltene Baukredit von 51,86 Millionen Franken fand mit 59 zu sechs Stimmen bei 13 Enthaltungen Zustimmung.



In Anbetracht der vorgesehenen neuen Wohnungen am Rhein soll die bestehende Strasse zurückgebaut werden. Vorgesehen ist dafür in Autobahnnähe eine neue zweispurige Verbindung als Hauptverkehrsstrasse, unterbrochen von mehreren Kreiseln zur künftigen Gebietserschliessung. Ergänzt werde die Erschliessung durch das geplante Tram, was zu einem Modal Split von 65 zu 35 Prozent führen soll.

Eine Mehrheit der FDP-Fraktion, ohne die freisinnigen Mitglieder der

Bau- und Planungskommission, wollte das Geschäft zurückweisen. Es fehle ein übergeordnetes Verkehrskonzept und mit der neuen Strasse werde der Verkehrsfluss behindert, argumentierte FDP-Fraktionschef Rolf Richterich. Sein Fraktionskollege Andreas Dürr ergänzte, die geplanten Kreisel würden einen völlig ungenügenden Standard aufweisen und den heute fliessenden Verkehr behindern.

Vehement für das Strassenprojekt setzte sich hingegen die SP-Fraktion ein. Martin Rüegg als ihr Sprecher sah sich deswegen gar «im falschen Film», versuchte jedoch vergeblich die Freisinnigen davon zu überzeugen, dass der Rückbau und die neue Strasse mit den Kreiseln einem Kapazitätsausbau gleichkämen. Seit dem 2009 beschlossenen Spezialrichtplan zu Salina Raurica halte sich die SP an die Linie.

## Gesamtkonzept fehlt

Am heftigsten wurde die Debatte jedoch bei den grundsätzlichen Stellungnahmen zu den Aussichten des Entwicklungsgebiets. Christoph Buser (FDP) erklärte, er sei «gefrustet», nicht nur weil der Verkehr auf der Rheinstrasse Richtung Basel zunehmend etwas stockender fliessen. Wenn es nämlich mit Salina Raurica so weitergehe



**Gegen Parteikollegen.** Sabine Pegoraro setzt sich durch. Foto F. Bärtschiger

wie bisher, brauche es überhaupt keine neue Strasse. Eine Mega-Wohnlage am Rhein sei das Gebiet nicht. Und auch wenn das Tram und die Strassenerschliessung auf Vorrat gebaut würden,

passiere dort vermutlich nichts. Einen Geisterbahnhof hätten die SBB bereits gebaut. Ein Drittel des Gebiets entziehe die Planung ohnehin einer Entwicklung und daneben blockiere auch die dort fehlplatzierte Kläranlage denkbare Projekte. Gegenwärtig sei eher absehbar, dass das Gebiet nur noch für Logistik-Firmen interessant sei. Ein wirkliches Gesamtkonzept für Salina Raurica fehle.

Hanspeter Weibel (SVP) blies ins selbe Horn. Der Kanton plane über die Landbesitzer hinweg. Das Geschäft sei «schlecht aufgegleist». Verteidigt wurde das Projekt aber von Parteikollege Urs Schneider. Wenn nichts geschehe, bleibe vom einstigen «Filetstück», das heute nur noch ein «Nierstück» sei, zuletzt noch «ein Pfund Hackfleisch» übrig. Er stehe voll hinter dem Projekt. Saskia Schenker (FDP) erklärte, die Kommission sei zum Schluss gekommen, dass es ein Projekt sei, das modular ausbaubar sei.

Baudirektorin Sabine Pegoraro hingegen pries die neue Strasse als «Schlüsselprojekt» für eine zukünftige Entwicklung von Salina Raurica. Die geplanten Kreisel bewältigten den Verkehrsfluss und seien später ausbaubar. Der Rückweisungsantrag unterlag schliesslich mit 56 zu 15 Stimmen bei acht Enthaltungen.

## Klar für den Halbstundentakt von Basel nach Biel

Der Landrat stimmt der Vorfinanzierung für den Doppelspurausbau der Bahnlinie im Laufental zu

Von Thomas Dähler

**Liestal.** Der Doppelspurausbau der Jurabahn im Laufental kann vorfinanziert werden. Der Landrat hat gestern in Liestal einen Verpflichtungskredit von 126,4 Millionen Franken bewilligt. Vorbehalten bleibt, dass der Bund den Ausbau der Bahnlinie in den Ausbauschritt Step 2030/35 aufnimmt. Nötig ist das zweite Gleis im Laufental, damit die SBB einen zusätzlicher RegioExpress neben dem heutigen Intercity-Neigezug stündlich zwischen Basel und Biel verkehren lassen können. Vorgesehen ist

dies ab 2022, ein Jahr später als eben erst noch im 8. Generellen Leistungsauftrag vorgesehen.

Die Baukosten von 85 Millionen Franken für die eigentliche Bahnstrecke zwischen Duggingen und Grellingen werden vom Kanton Baselland allein finanziert und durch den Bund später zurückerstattet. Die Aufhebung der Bahnübergänge gehen zulasten des Kantons. Die Projektkosten tragen die Kantone Baselland, Jura, Solothurn und Basel-Stadt gemeinsam. An den 2,1 Millionen Franken an Zinsen beteiligen sich voraussichtlich auch die Kantone

Jura und Solothurn, nicht aber Basel-Stadt, das sich bereits durch die mögliche Vorfinanzierung des Herzstücks der S-Bahn genügend belastet fühlt. Die SVP wollte den Vorbehalt, dass sich Jura und Solothurn auch wirklich beteiligen, festschreiben, scheiterte aber mit dem Antrag. Baudirektorin Sabine Pegoraro wollte die Stimmung gegenüber dem Projekt in den anderen Kantonen nicht durch neue Bedingungen gefährdet. «Es ist wichtig, dass wir ein klares Zeichen nach Bern geben», sagte Pegoraro. Der Landrat stimmte der Vorlage mit 71 zu 7 Stimmen zu.

## SVP verhindert Türkei-Debatte

Landrat lehnt Dringlichkeit ab

**Liestal.** Mit einer Sperrminorität hat die SVP verhindert, dass die Verhaftungen der in der Region Basel wohnhaften Erdogan-Kritiker in der Türkei gestern im Landrat zur Sprache kamen. Die Interpellation von Marc Schinzel (FDP) könne auch schriftlich beantwortet werden, begründete Dominik Straumann (SVP) die ablehnende Haltung zur Dringlichkeit. Auch Regierungs-Vizepräsidentin Sabine Pegoraro war dagegen. Sicherheitsdirektor Isaac Reber sei abwesend, begründete sie. td

## Die EU auf PR-Tour im Baselbiet

Österreichs Botschafterin besucht Gymnasium Münchenstein

Von Isabelle Hausmann

**Münchenstein.** Ein spannender Tag für das Gymnasium Münchenstein: hochkarätige Gäste, interessierte Schüler und ein kontroverses Gesprächsthema, die EU – Zutaten für eine spannende Podiumsdiskussion. Dass die Veranstaltung hauptsächlich für die rund 200 Schülerinnen und Schüler gedacht war, die sich im Publikum befanden, schien jedoch teilweise vergessen worden zu sein. Die Experten warfen mit Fachbegriffen um sich und sprachen auf einem hohen technischen Niveau. «Manchmal hatte ich das Gefühl, die Experten wollen sich mit Fachwörtern brüsten, um zu beweisen, dass sie viel wissen. Man wusste oft nicht mehr recht, um was es geht, weil sie von der Fragestellung abdrifteten», sagte ein Schüler zur BaZ.

Dabei war der ursprüngliche Zweck der gestrigen Veranstaltung, dass sich die Jugend mehr für das brisante Thema – die Schweiz und die EU – interessiert. Oder wie es Konrektor Reinhard Straumann zu Beginn der Diskussion ausdrückte: «Die EU möchte nicht, dass die junge Generation sich von der Europadiskussion entkoppelt.»

Das Podium setzte sich zusammen aus der österreichischen Botschafterin Ursula Plassnik, der Baselbieter CVP-Nationalrätin Elisabeth Schneider-Schneiter und dem emeritierten Professor der Universität Basel Georg Kreis. Die Diskussion verlief im Grossen und Ganzen ereignislos. Plassnik kritisierte zwar die «Grundarroganz» der Schweiz in Bezug auf ihr System und Schneider-Schneiter bezeichnete die EU als «Schönwetter-Gemeinschaft», aber ansonsten glich die Diskussion einem Gespräch unter Politikern und Politikexperten. Dennoch haben die Podiumsteilnehmer bei den Schülern einen Eindruck hinterlas-

sen. «Die verschiedenen Äusserungen haben mir einen Einblick in die momentane Situation der EU verschafft», sagte ein Schüler der Fachmaturitätsabteilung. Er fand ausserdem spannend, dass Plassnik die EU als Projekt darstellte, das sich laufend entwickelt. «Aber die Mehrheit der Schüler ist nicht politisch engagiert und man merkte, dass das Publikum in der Hälfte etwas unruhig wurde», fügte er an.

## Jugend sieht sich machtlos

Nach etwa einer Stunde kamen die Schüler erstmals zu Wort. Auffallend war eine Gymnasiastin, welche die Redner um Rat fragte: «Wir Jungen sind viel machtloser als Sie, aber wir werden mit Problemen bombardiert. Also sagen Sie, was erwarten Sie von uns?» Daraufhin applaudierte der Saal. Plassnik antwortete: «Lassen Sie sich von den Älteren nicht ins Bockshorn jagen. Machen Sie sich selber ein Bild und übernehmen Sie Verantwortung.» Schneider-Schneiter meinte, die Jugend soll auf die Strasse gehen für das, was sie bewegt.

Die Podiumsveranstaltung ist im Rahmen des Europatages für die Schülerinnen und Schüler an Schweizer Gymnasien von der EU-Vertretung in Bern in die Wege geleitet worden. Sie will schweizweit das Interesse an Europa und das politische Engagement der jungen Leute fördern, indem man Botschafter aus EU-Ländern mit lokalen Persönlichkeiten und Gymnasiasten zusammenbringt. Botschafter aus Bulgarien und Deutschland waren bereits Teilnehmer bei früheren Diskussionsrunden in Münchenstein. Diesmal war es die Österreicherin Plassnik: «Die Begegnung mit jungen Menschen, welche über die gesellschaftliche und individuelle Zukunft nachdenken, finde ich besonders wichtig.»

## Kleine Busse – grosses Ungerechtigkeitsgefühl

Birsfelder Lärmklage kam vor Strafgericht

Von Daniel Wahl

**Muttentz/Birsfelden.** Was ist das für ein Mensch, der eine Lärmbusse der Gemeinde Birsfelden über bloss 150 Franken vor Gericht anführt? Ein Querulant, ein Prinzipienreiter oder einer, der tatsächlich ungerecht behandelt worden ist?

Vor Gericht sass gestern ein 23-jähriger kaufmännischer Bankangestellter, der sich willkürlich aus einer Gruppe lärmender Jugendlicher herausgepickt fühlte – auf dem Sternenfeld-Areal Anfang Juni vor einem Jahr – und jetzt eine Busse zahlen muss. Dort, wo sogar der Brunnen den Anwohnern zu laut sei, sodass er ab 22 Uhr abgestellt werden müsse, dort unterhielt er sich in einer Gruppe von gut einem Dutzend Personen. Zu laut, denn es hallte zwischen den Betonwänden der Siedlung; die Anwohner boten die Polizei auf. Und diese wiederum erteilte der Bewa-Sicherheitsfirma den Auftrag, auf dem Sternenfeld für Ordnung zu sorgen. Schliesslich ist die Gemeinde Birsfelden zuständig für die Nachtruhe.

Die meisten der jungen Männer türmten, als das private Sicherheitspersonal auftauchte. Aber beim Bankangestellten und seinen zwei Kollegen geriet der Deutsche mit seiner preussischen Art auf Schweizer Boden – er soll sich nicht ausgewiesen haben – an die falsche Adresse. Trotz und sich keines Unrechts bewusst warteten die drei auf die Baselbieter Polizei, um nur ihr die Personalien auszuhandigen. Der Bewa-Sicherheitsbeamte notierte in seinem Rapport, er habe die Leute vergeblich angewiesen, ruhig zu sein. Während zwei Kollegen die Gemeindebusse

schluckten, sagte sich der Bankangestellte: «So nicht mit mir.» Und dass die Gemeinde Birsfelden die Busse zustellte, bevor man ihn zum Gespräch aufbot, führe noch weniger zum Einlenken. Er sandte das Schreiben samt Einzahlungsschein postwendend an den Gemeinderat zurück. Man sah sich gestern vor Gericht.

«Ich habe nichts verbochen. Wäre ich schuldig, hätte ich die Busse anstandslos bezahlt», sage er ohne einen Anwalt zunehmen. Und seine zwei Zeugen, die er aus juristischer Unkenntnis vergass aufzubieten, wollte er spontan nun auch nicht dabeihaben. Irgendwie sollte der Streit bereinigt werden.

## Mitgehangen, mitgefangen

Gerichtspräsident Beat Schmidli machte es kurz: «Sie waren dabei, man hat zu laut gesprochen.» Und das Polizeireglement von Birsfelden sei klar: «Alle Tätigkeiten zwischen 22 und 6 Uhr, die Drittpersonen stören, sind untersagt.» Die Busse muss bezahlt werden. In Bezug auf die Gerichtsgebühren blieb Schmidli gnädig. 250 Franken kostet es zusätzlich. Sollte er das Urteil anfechten – und dazu braucht es eine schriftliche Begründung – steigt der Betrag auf 500 Franken. Mit auf den Weg gab ihm Schmidli, dass ihn das Kantonsgericht unter Umständen gar nicht zulasse, wenn er im Nachhinein seine zwei Zeugen aufbiete.

Zerknirscht verliess der Bankangestellte den Gerichtssaal. Er werde das Urteil jetzt mit seiner Rechtsschutzversicherung anschauen, meinte er. Und vielleicht gehört er das nächste Mal auch zu jenen Kollegen, die türmen, wenn die Bewa-Leute auftauchen.

## Offene Fragen zur Messe CH

Kirchmayr reicht Vorstoss ein

Von Joël Hoffmann

**Liestal.** Die umstrittene Vergabepraxis der Messe Schweiz AG hat politische Konsequenzen. Landrat Klaus Kirchmayr (Grüne) hat eine Interpellation eingereicht. Er befürchtet, dass die Messe «Governance-Probleme» haben könnte. Hintergrund ist mitunter die Berichterstattung der BaZ über Auftragsvergaben der Messe an die Firma des Ehemannes der Baselworld-Direktorin Sylvie Ritter.

An der Messe ist das Baselbiet beteiligt, Regierungsräte sitzen im Verwaltungsrat. Der «quasi-öffentliche Charakter der Messe», wie Kirchmayr sagt, und die starke Bedeutung der Messe bedingen «eine spezielle Verantwortung» im Umgang mit Geld, das «letztlich öffentliches Geld ist». Die Berichte über die Auftragsvergabe der Messe «sind daher auch von öffentlichem Interesse», schreibt Kirchmayr. Seine Fragen gehen jedoch weit über die Vergabepraxis hinaus und betreffen auch Eckpunkte der Strategie oder die Zusammensetzung des Verwaltungsrates.

«Zwar betrifft meine erste Frage die aktuell diskutierte Vergabepraxis, doch diese interessiert mich nur am Rande», sagt der Landrat auf Anfrage. Zentral sei die Frage, ob die Beteiligungen des Kantons gut aufgehoben sind. Denn: Die Diskussion über die Auftragsvergabe ist nicht der erste Fall, der für Negativ-Schlagzeilen gesorgt hat. «Ich erinnere nur an die Vorfälle von Lohn-dumping beim Messeneubau. Bei mehreren Vorfällen in wenigen Jahren müssen wir uns fragen, welche Rolle der Verwaltungsrat spielt», sagt Kirchmayr. Ihm ist aktuell die Debatte zu sehr auf den CEO fokussiert: «Ich möchte wissen, ob der Verwaltungsrat sein Geschäft im Griff hat.»

Er hofft auf umfassende Antworten und warnt: «Das nächste Investitionsbegehren der Messe kommt bestimmt und die Verantwortlichen wissen, dass wir uns nicht mit schwammigen Antworten zufriedengeben.» Zudem erlebe er Thomas Weber, der ebenfalls im Verwaltungsrat sitzt, diesbezüglich als «vorbildlich agierenden Regierungsrat».

## Nachrichten

### Regierungsbeschlüsse bald öffentlich?

**Liestal.** Die Regierung soll prüfen, ob sie ihre Beschlüsse künftig veröffentlichen. Der Landrat hat gestern gegen den Willen der Regierung ein Postulat von Diego Stoll (SP) mit 60 zu 11 Stimmen überwiesen. td

### «Grenzgänger» wird nicht deklassiert

**Liestal.** Der im Leimentaler Grenzgebiet gewonnene Wein soll nicht deklassiert werden. Der Landrat hat gestern einer Motion von Pascal Ryf (CVP) mit 63 zu 4 Stimmen zugestimmt. td

ANZEIGE

### Bruderholz-Initiative ist ein ruinöser Holzweg



**Dr. med. Thomas W. Lutz, Wirbelsäulen- und Neurochirurgie, Binningen, ehemaliger Präsident der Belegärzte beider Basel**

Die Initiative will teure Überkapazitäten in einem sanierungsbedürftigen Bettenturm des hochdefizitären Bruderholzspitals erhalten. Das ist ein ruinöser Holzweg für das Kantonsspital Baselland und für uns Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Wir brauchen gemeinsame politische Lösungen zwischen den beiden Basel und nicht frischer Wein in alten Schläuchen. Nach einem Nein zur Initiative wird das „Hölzli“ aufgewertet mit einem Notfallzentrum, spitalambulanten Sprechstunden und der ausgebauten stationären Rehabilitation.

Mitglied des Überparteilichen Komitees gegen die Bruderholzspital-Initiative

**www.fass-ohne-boden.ch**